Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur

Herausgeber: Genossenschaft zur Herausgabe der Schweizerischen Monatshefte

Band: 6 (1926-1927)

Heft: 12

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Politische Rundschau

Nochmals zur Ordensfrage.

Es möge gestattet sein, darüber folgende Ansicht zu äußern:

Die Ordensfrage läßt auch eine andere Beurteilung zu, als sie Herr Dr. Bircher im letzten Heft der Zeitschrift gibt. Ausscheiden sollen zunächst alle harmlosen und dann die Fälle, bei denen in der Ordensverleihung eine reine Anerkennung hoher wissenschaftlicher oder künstlerischer Verdienste zu erblicken ist, wo also keine politische Berechnung mitspielt, oder wegen der Person des zu Ehrenden, nur nebenbei. Kaum, daß sich ein Eidgenosse über eine solche Auszeichnung eines Landsmannes ärgern oder darin eine Gefährdung der eidgenössischen Unabhängigkeit erblicken wird. Das wird anders, wenn es sich um die zahlreiche Verleihung solcher ausländischer Orden an schweizerische Bürger handelt, die keine oder keine solche hohen wissenschaftlichen Verdienste zu verzeichnen oder in Werken edelster Menschlichkeit sich hervorgetan haben. Bei denen hat die Ordensauszeichnung ein ganz anderes Gewicht. Hier sind es hauptsächlich die publizistischen Schriftsteller, welche nun recht eigentlich die Stelle des Militärs eingenommen haben, und wie diese früher ihren Säbel, so nun ihre Feder oder ihre Rednergabe nach dem Geschmacke (wir wollen nicht sagen im Dienste) der den Orden verleihenden fremden Macht verwenden. Neben ihnen kommen aber auch Ärzte, Ingenieure, Industrielle und Bankiers als mit Ehrenzeichen zu schmückende Personen in Betracht. Ein an diese Bürger gerichtetes oder zu erlassendes Verbot der Annahme fremder Orden ist oder wäre verfehlt, denn es trifft post festum, nach der Verwandlung ein. Die Verleihung erfolgt ja meistens für geleistete Dienste, für bekundete Gesinnung, selten aber an den eben erst von seinen reinen Triften herabgestiegenen Sohn Helvetiens. Es soll eine Vergangenheit belohnt und für die Zukunft ein weiterer Ansporn gegeben werden; rein auf diese wird in den wenigsten Fällen abgestellt.

Darum sollte nicht ein Verbot der Annahme erlassen werden; es sollte vielmehr jedem Schweizer frei stehen, eine fremde Ordensauszeichnung anzunehmen, aber ein jeder ist, bei hohen Bußen, verpflichtet, schon die Verleihung einer Amtsstelle anzuzeigen. Lehnt er die Ehrung ab, so wird auch das vermerkt. Diese Liste ist zu veröffentlichen. Wenn dann der mit der Ehrenlegion Ausgezeichnete in seinem Leibblatte fortfährt, den Edelmut, die Trefflichkeit u. s. w. unseres westlichen in alle Höhen und die gemeine Gesinnung unseres nördlichen Nachbarn in alle Abgründe zu verurteilen, nun so wird allmählich die geduldige öffentliche Meinung bei uns doch belehrt, was es mit diesen Leuten auf sich hat.

Praktisch kommt nur die französische Ehrenlegion und die Westschweiz in Frage, wie denn schon vor dem Kriege kaum ein Deutschschweizer einen Adler- oder sonstigen Orden verliehen erhalten oder ihn angenommen hat. Wie zahlreich aber die Ehrenlegion an Schweizer in der Schweiz verliehen worden ist, das läßt sich nur vermuten. Es wäre eine Aufgabe der Gesandtschaft in Paris, hierüber dem Bundesrate eine genaue Aufstellung zu machen, sofern das nicht schon geschehen ist, eine Aufstellung, die, wie gesagt, allgemein bekannt zu machen ist.

Erst wenn einmal diese Liste vorliegt, sieht man, wie zahlreich diejenigen sind, welche pour services rendus à la France eine öffentliche Anerkennung erhalten haben, und wird das Volk sich dagegen auflehnen, daß diese Männer weiter in seinem Namen Gesinnungen und Ansichten aussprechen, welche die Ihren, aber nicht die Seinen sind. So aber regt es sich nicht stark über die fremden Ordensverleihungen auf und das Verbot der Bundesverfassung ist nicht mehr von der allgemeinen Überzeugung seiner verfassungsmäßigen Hoheit getragen. Wie wäre es sonst zu erklären, daß Herr Ador, welcher, um das Großkreuz der französischen Ehrenlegion annehmen zu können, auf die Ehre

des Nationalratspräsidiums, welche Herr Robert Grimm mit heißem Bemühen erstrebt hat, Verzicht geleistet hat, zurücktreten und dann nach der Annahme wieder vom Genfer Volk zum Nationalrat gewählt werden konnte? Wie wäre es sonst zu erklären, daß seine Wahl zum Bundesrat in der ganzen Westschweiz mit Glockenklängen gefeiert worden ist, als ob ein zweiter Stämpfli nun erschienen sei und das Vaterland in großartigem Unabhängigkeitssinn retten würde. Oder sollte die allgemeine damalige Not in Herrn Ador gerade den Freund Frankreichs und den bei ihm gut Angeschriebenen gewählt und gerade um dieser seiner Eigenschaft willen von ihm das Heil erwartet haben? Angemerkt zu werden verdient es, daß in Verhandlungen zu früheren Bundesverfassungen es gerade die Waadtländer waren, welche am schärfsten gegen die Ordensverleihungen auftraten.

Es muß die allgemeine Anschauung wieder geweckt werden, daß in der Häufigkeit der Verleihungen eine Gefahr — ein Fall der berühmten geistigen Überfremdung — liegt; dann wird vor der öffentlichen Verurteilung die Lust zur Annahme merklich einschrumpfen. Zweierlei soll mit diesen Zeilen aber nicht gesagt sein: erstens nicht der geringste Vorwurf an die französische Regierung, welche das rote Bändchen so reichlich auch in die Schweiz flattern läßt. Das ist ihr gutes Recht, wie es unsere Pflicht ist, das Nötige gegen allzu starke Verstrickung vorzukehren. Ebenso wie wir immer noch der Ansicht sind, daß wir keine moralische Verpflichtung haben, keinen Alkohol und keine Betäubungsmittel nach Ländern auszuführen, die dies als eine Gefahr betrachten; da sie selber aufpassen sollen. Zum andern kann natürlich auch ohne jede Ordensverleihung eine Einstellung auf fremde Gedanken und fremdes Wesen stattfinden. Aber das ist dann wieder eine andere Sache; da treten reine Überzeugungen hervor, die nicht durch fremde Machthaber, wenn auch auf liebenswürdige Weise, genährt worden sind.

Frischherz.

Zur politischen Lage.

Deportationen in Südtirol. — Krieg im Frieden an der polnischen Grenze. — Die bürgerliche Regierung in Deutschland.

Vor wenigen Tagen ging beinahe unbeachtet eine kleine Meldung aus Südtirol durch die Presse: In Salurn, der südlichsten Gemeinde des geschlossenen deutschen Sprachgebiets im Tiroler Etschtale, war der Führer der dortigen Deutschen, der Rechtsanwalt Dr. Noldin, und der frühere Lehrer der dortigen deutschen Schule, Riedl, verhaftet worden. Kurz darauf vernahm man, daß beide von dem faschistischen Ausnahmegericht in Trient zu fünfjähriger Deportierung verurteilt worden sind. Heute sind beide bereits nach der Strafkolonie auf den Liparischen Inseln abgeführt worden.

Das ist unseres Wissens der erste Fall, daß die von Mussolini gegen seine innern Gegner geschaffenen Gesetze nun auch auf die durch den Friedensvertrag nach Italien verschlagenen völkischen Minderheiten angewendet worden sind. Überraschend ist der Schritt ja nach allem, was in Italien in den letzten Monaten gegangen ist, nicht gekommen. Er wird auch sicher nicht der einzige Schritt auf dieser Bahn bleiben.

Der Vorfall ist weiter kaum beachtet worden. Man ist ja bereits daran gewöhnt, immer neue Nachrichten über alle möglichen Gewalttaten gegen die Gegner des Faschismus zu erhalten. Haufen von zertretenen Existenzen kennzeichnen den Weg der Faschisten. Auch aus Südtirol sind schon so viele Berichte über die kaltblütige Knebelung jeder deutschen Regung gekommen. Nun sind eben zwei neue Opfer zu verzeichnen. Legt's zum übrigen! So denken wohl die meisten.

So liegt der Fall aber doch nicht. Man vergegenwärtige sich einmal die nähern Umstände: Italien stößt in ganz Deutschsüdtirol auf den völlig passiven,

aber unüberwindlichen Widerstand der gesamten einheimischen Bevölkerung. Offen kann niemand gegen die rücksichtslose Italianisierung vom staatlichen Verwaltungsapparat bis hinunter zu den Namen der einzelnen Person etwas machen. Aber freiwillig kommt den Gewaltherrschern niemand einen Schritt entgegen. So greifen die Faschisten, die rasche Erfolge haben wollen und wohl auch haben müssen, zu immer schärferen Mitteln. Das Vorgehen des Faschismus richtet sich aber durchweg gegen den Einzelnen, gegen die unbequemen Führer. Sie sucht man rücksichtslos zu vernichten. Man macht ihnen wirtschaftlich die Betätigung so gut wie unmöglich. Man läßt in geeigneten Augenblicken die rohesten Ausschreitungen gegen ihre Person, ihr Eigentum und ihre Familie los. Nun hat man dazu das System der Deportation erfunden. Auf einen bloßen Spruch von einigen faschistischen Funktionären hin kann jetzt jede unbequeme Persönlichkeit auf fünf Jahre in eine Verbrecherkolonie verbannt werden. Längere Zeit hat man gezaudert, diese Maßregel auch gegen die Führer der nationalen Minderheiten, der deutschen wie der slawischen, anzuwenden. Jetzt ist der erste Schritt erfolgt. Wiederum aber ist der Schlag nicht gegen eine bekannte Persönlichkeit geschehen. Man hat sich damit begnügt, zwei örtliche Führer zu fassen. Allerdings geschah dies am umkämpftesten Ort Südtirols, eben in der Sprachgrenzgemeinde Salurn, die schon lange unter unerhörtem Drucke steht. Man hofft offenbar damit, hier den Widerstand zu brechen. Gelingt es, so wird man das Mittel weiter anwenden. Schrittweise geht man vor, um die öffentliche Meinung im Auslande nicht allzu sehr aufzustören. Das ist bis jetzt auch so ziemlich gelungen.

Es paßt heute nicht in die Pläne der deutschen Politik, mit Italien in Streit zu kommen. Das ist an und für sich wohl begreiflich; man hat ja auch sonst noch genug Gegner auf dem Hals. Mit irgend jemandem muß man schließlich doch zusammenarbeiten; mit Italien aber bestehen einstweilen, abgesehen von Südtirol, wenig Reibungsflächen. So sucht man von Berlin aus die starke Erbitterung über die italienische Politik in Südtirol, die zweifellos in weiten deutschen Kreisen vorhanden ist, möglichst in ihren Äußerungen zu dämpfen. Diesem Bestreben fügt man sich bloß in Süddeutschland nicht recht, wo man den Ereignissen zu nahe sitzt und auch sonst die Ratschläge aus Berlin nicht besonders schätzt. In diese Politik hinein gehört die völlig falsche Darstellung, die man von der Wirkung der Schaffung einer Provinz Bozen überall gegeben hat. Man telegraphierte ja geradezu von Berlin aus in die Schweiz, daß dadurch die Südtiroler Frage mit einem Nachgeben Italiens gelöst sei. Von berufener Seite ist bereits im vorigen Hefte darauf hingewiesen worden, wie wenig diese Darstellung der Wahrheit entspricht. Sie hat aber ihre Wirkung getan; in weiten Kreisen glaubt man ernstlich an eine Entspannung in Südtirol. Unter solchen Umständen läßt man sich durch diesen „Einzelfall" nicht gern stören.

Demgegenüber muß mit allem Nachdruck auf die Bedeutung des italienischen Schrittes hingewiesen werden. Italien ist auf dem besten Wege, in Südtirol Märtyrer zu machen. Oder glaubt man etwa, daß das Schicksal der beiden Deportierten und ihrer etwaigen Nachfolger nicht derart wirken werde? Dr. Noldin und Riedl haben kein Vergehen begangen, sonst hätte man sie sicherlich vor Gericht genommen. Sie waren einfach unbequem. Deshalb wurden die beiden Familienväter, denen nicht das geringste vorzuwerfen war als ihre deutsche Gesinnung, nach den Verbrecherinseln deportiert! Diese Einzeltatsache wird sich auch dem einfachen Manne aus dem Volke klar einprägen. Aus solchen Einzelheiten entsteht der Haß zwischen den Völkern. Schon lange liegt Südtirol als einziges, aber unübersteigliches Hindernis zwischen Italienern und Deutschen. Durch das neueste Vorgehen Italiens wird das Verhältnis erst recht vergiftet.

Dies kann weder uns Schweizer gleichgültig lassen noch überhaupt jemand, dem wirklich am Frieden in Europa etwas gelegen ist. Ganz abgesehen von der rechtlichen Ungeheuerlichkeit des faschistischen Vorgehens stellt es eine schwere Gefährdung des deutsch-italienischen Verhältnisses dar. Es wäre deshalb sehr zu wünschen, daß eine einheitliche Stellungnahme der öffentlichen Meinung

Mussolini zur Zurücknahme der Maßregel in irgend einer Form und zum Verzicht auf eine ähnliche Fortsetzung veranlassen würde![1])

* * *

Mit der gleichen unerbittlichen Folgerichtigkeit entwickelt sich gleichzeitig das Schicksal an der deutschen Ostgrenze. Soeben ist der vorläufige Bruch zwischen Deutschland und Polen bekannt geworden. Der seit beinahe zwei Jahren andauernde Handelskrieg wird also verschärft fortgeführt. Vor 1914 hätte sich daraus totsicher eine Auseinandersetzung mit den Waffen entwickelt. Heute gehört der wirtschaftliche Krieg bis aufs Messer zu dem gewohnten Zubehör des „Friedens". Deutschland hat die Machtmittel nicht, um aus dem heutigen Zustand mit Gewalt herauszukommen; Polen aber wagt es auch nicht, von seiner gewaltigen Kriegsrüstung Gebrauch zu machen. So macht man eben weiter Krieg im Frieden zwischen den beiden Ratsmitgliedern des Völkerbundes. Und man gibt sich wohl beiderseits keiner Täuschung darüber hin, daß damit die endgültige Auseinandersetzung nur vertagt, nicht aufgegeben ist.

Das Verhältnis zwischen Polen und Deutschland ist ja klar genug. Bei Friedensschluß wurde Polen die Masse von zwei preußischen Provinzen und ein beträchtlicher Teil einer dritten zugesprochen. Dadurch wurde das deutsche Staatsgebiet in zwei Teile zerschnitten. Das polnische Zwischenstück, der berühmte „Korridor", macht sich täglich aufs unangenehmste fühlbar. Polen erhielt aber zugleich die Aufgabe, als Sekundant Frankreichs im Osten zu wirken und hier den gleichen militärischen Druck auszuüben, den Frankreich im Westen aufrecht erhält. Der neuentstandene Staat hat diese Aufgabe mit Vergnügen übernommen. Sie entsprach dem Haß der Polen gegen Deutschland und der Furcht vor dessen Übermacht und der möglichen Rache. So rüstet Polen, rüstet unaufhörlich unter Aufwendung des allergrößten Teils seiner Staatseinnahmen und der Aufnahme immer neuer Schulden. Gleichzeitig sucht man so schnell wie möglich mit den bei Polen verbliebenen Deutschen aufzuräumen. Von den ursprünglich gegen zwei Millionen sind bereits weit über die Hälfte freiwillig oder gezwungen nach Deutschland abgewandert. Der Rest steht unter stärkstem Druck und schmilzt immer noch mehr zusammen. An der Grenze herrscht fortwährend Kriegszustand, seit dem Wirtschaftskrieg erst recht.

Die polnische Politik der letzten Jahre ist ein Ergebnis des alten Hasses, des Gefühls der heutigen Überlegenheit von Frankreichs Gnaden und durch die eigene starke Armee, aber zugleich auch der steten drückenden Furcht vor der Zukunft. Man fürchtet das Wiedererstarken des doppelt so zahlreichen deutschen Volkes und sucht vorzubeugen. Die deutsche Politik dagegen geht offen darauf aus, im Osten früher oder später eine Änderung der heutigen Grenzen zu erreichen. Daraus müssen sich immer neue Zusammenstöße ergeben. Zweimal im letzten Jahre spielte diese polnische Frage in der Gestaltung des Verhältnisses zwischen den verschiedenen Großmächten eine entscheidende Rolle. Zuerst tobte der Kampf um den polnischen Völkerbundssitz, der beinahe die ganze Locarno-

---

[1]) Es sei hier noch verwiesen auf das soeben erschienene Werk von Prof. Paul Herre über „Die Südtiroler Frage" (München 1927, Beck. 430 S. 1 K.). In dem stattlichen Bande wird die ganze Entwicklung in Südtirol in neuerer Zeit dargestellt, kürzer in der Vorkriegs- und Kriegszeit, ausführlich mit allen Einzelheiten seit 1918. Wir erfahren, wie Italien beim Friedensschluß auch den deutschen Teil Südtirols für sich gewinnen konnte. Wir sehen die ganzen Schwankungen in der italienischen Politik in dem neuerworbenen Gebiet. Wir erhalten vor allem ein Bild der schrankenlosen Gewaltherrschaft, seit Mussolini an der Regierung ist. Man ist so in der Lage, die ganze Entstehung der Südtiroler Frage und ihre dauernde Verschärfung Schritt für Schritt zu verfolgen. Die ganze Darstellung ist völlig sachlich und sucht auch den Italienern gerecht zu werden. Man spürt deutlich, daß hier nicht der Haß gegen Italien die Feder geführt hat. Umso eindrucksvoller ist der Nachweis, welch schwere Gefährdung für das ganze Verhältnis der beiden Völker aus Südtirol kommt.

politik zum Scheitern gebracht hätte. In den allerletzten Wochen setzte Polen ebenso alle Hebel in Bewegung, um das deutsche Festungssystem an der Ostgrenze zu zerstören. In beiden Fällen haben die Polen einen gewissen Erfolg gehabt, wenn auch mit schwerer Mühe.

Nun kommt offenbar der Handelskrieg in die entscheidende Phase. Dieser hat bei Beginn vor 1½ Jahren Polen sehr geschadet, das beinahe die Hälfte seiner Ausfuhr nach Deutschland schickt. Dann kam die Rettung durch eine gute Ernte und den englischen Kohlenstreik, der eine Massenausfuhr von Kohle erlaubte. Nun hat der Rückschlag eingesetzt. Damit wird die Lage für Deutschland wieder günstiger. Es hat offenbar daraus die Folgerungen gezogen. Was wird aber daraus werden? Einstweilen sicher nichts Ernstliches, aber vielleicht einige Arbeit für den Völkerbundsrat. Dazu kommen ja jedenfalls auch Danziger Angelegenheiten, wo der famose Völkerbundskommissar van Hamel sich so erfolgreich bemüht, mit dem Ansehen des Völkerbundes möglichst rasch abzuwirtschaften. Und ebenso kommen dazu die oberschlesischen Fragen, wo Polen Calonder immer offener jeden Gehorsam verweigert. So wird sich der Völkerbund auch an dieser dornigen Aufgabe erfreuen können.[2])

* * *

Inzwischen ist in Deutschland nach unendlichen Verhandlungen durch das persönliche Eingreifen Hindenburgs eine bürgerliche Regierung gebildet worden. Die Schweizer Presse gab dabei im allgemeinen ihr großes Mißvergnügen kund. Und wieder einmal zeigte sich dabei die merkwürdige Wahlverwandtschaft gerade einiger streng bürgerlicher Blätter mit der deutschen Linken; in der Schweiz ist ihnen ein Demokrat viel zu sehr links, für Deutschland hätten sie am liebsten eine sozialistische Regierung. Seitdem die deutschen Demokraten Herrn Geßler fallen ließen, ist er für diese Leute „übelberüchtigt". Seitdem Herr Marx mit den Deutschnationalen zusammenging, ist er kein vertrauenswürdiger Republikaner mehr, trotz allem bisherigen.

Über die Aussichten der neuen Regierung ist schwer etwas zu sagen. Sie verfügt über eine solide Mehrheit im Reichstag, solange die von ihr vertretenen Parteien wirklich zusammenhalten. Das gewährleistet einige Dauer trotz aller schlechten Voraussagen. Daran kann all das verzweifelte Toben der Linken und ihrer ausländischen Freunde vorläufig nichts ändern; selbst die französische und englische Regierung müssen einstweilen zusehen. Allerdings kann jedoch auch jeden Augenblick ein Riß in der Koalition sich zeigen, der die Regierung zu Falle bringen müßte. Entscheidend wird schließlich die Arbeit des neuen Kabinetts Marx sein. Kann es im Innern seine Parteien zufrieden stellen, so wird es schon eine Zeit lang amten können. In der Außenpolitik freilich werden die Schwierigkeiten wohl vorübergehend wenigstens größer sein als in der letzten Zeit. Da aber dringende Aufgaben für die nächsten Wochen nicht vorliegen, so kann Herr Stresemann einstweilen Ferien machen und währenddessen die erste Aufregung vorüberziehen lassen. Nachher wird man ja sehen.

Übrigens darf man wohl auf die merkwürdige Ähnlichkeit zwischen den Verhältnissen in Frankreich und Deutschland hinweisen. An beiden Orten hat

---

[2]) Auch hier kann ich auf ein gerade erschienenes ausgezeichnetes Werk zur Einführung in den ganzen Umfang des polnischen Problems verweisen. Der Danziger Staatsarchivar Walther Recke gibt in seinem stattlichen Band über die „Polnische Frage" (Berlin, Stilke, 1927; 400 S., 1 K.) eine Darstellung der ganzen polnischen Geschichte seit dem Untergange des alten Staates am Ende des 18. Jahrhunderts. Auch hier liegt aber der Nachdruck durchaus auf den Ereignissen der jüngsten Zeit, vor, in und nach dem Weltkrieg. In anschaulichster und lebendigster Weise wird die Entstehung des neuen Polen geschildert und damit die Herausbildung der neuen polnischen Frage in der ganzen Schärfe, wie sie heute besteht. Es hat bis jetzt in deutscher Sprache und auch sonst kein Werk gegeben, das in das ganze Gewebe der polnischen Bewegung der letzten 20 Jahre einen derartigen Einblick geboten hätte.

die Rechte starken Einfluß, während der Außenminister der Locarnopolitik beibehalten ist. Nur ist in Deutschland der friedliebende Marx Reichskanzler und in Frankreich der weniger friedliche Poincaré. Was man nun bei Frankreich durchaus natürlich findet, das gefällt bei Deutschland nicht. Das ist merkwürdig und noch merkwürdiger ist es, daß man in der Schweiz gerade für Poincaré so viel Weihrauch übrig hat, der den Schweizern doch im Zonenkonflikt und seither immer wieder deutlich genug seine Meinung zu verstehen gegeben hat.

Aarau, den 21. Februar 1927.

Hektor Ammann.

Bücher-Rundschau

Sudetendeutsches Jahrbuch.

Sudetendeutsches Jahrbuch. 2. Band. Berichtsjahr 1925. Herausgegeben von Otto Kletzel. Johannes Stauda. Augsburg 1926. Mk. 6.—, geb. M. 7.50.

Über das kulturelle Leben der drei Millionen Sudetendeutschen erhalten wir jährlich aufschlußreiche Nachrichten durch das vorliegende Jahrbuch, das aus dem seit 1920 erscheinenden „Böhmerlandjahrbuch" hervorgegangen ist. Die Adalbert-Stiftergesellschaft, die Anstalt für sudetendeutsche Heimatforschung in Reichenberg und die deutschen Schutzvereine der Sudetenländer haben sich hier zu einem gemeinsamen Unternehmen zusammengetan. Je und je gaben die deutschen Bewohner Böhmens, Mährens und des früheren Österreichisch-Schlesien ihre besten Begabungen an Österreich und das Deutsche Reich ab, und so wurde die kulturelle Bedeutung der heute in der Tschechoslowakei lebenden Deutschen oft zu gering gewertet. Hier wird nicht nur berichtet, was jährlich inner- und außerhalb der tschechoslowakischen Grenzpfähle von Sudetendeutschen kulturell geleistet wird, es wird auch darauf verwiesen, was in der Vergangenheit geleistet wurde. Über alle politische Zerrissenheit hinweg will so das Jahrbuch die Sudetendeutschen einigen, und ihnen wiederum in Erinnerung rufen, welche Werte die Heimatscholle und auf ihr Erlebtes und Erarbeitetes bieten und wie doch hier alles vorbereitet ist für eine kulturelle Selbstverwaltung, welche diesem bedrohten Volkstum allein Rettung aus eigener Kraft bringen kann. Auch der Außenstehende wird einem solchen Unternehmen, das die Eigenheit eines tüchtigen Volksstammes zu betonen und zu wahren sucht, seine Sympathien nicht versagen und wird dankbar die hier vorgelegten Kulturdokumente entgegennehmen. Sie beziehen sich ebenso auf Dichtkunst wie Musik, Malerei, wie auf Wissenschaft, Wirtschaft und Politik. Kunstdrucktafeln sind dem Dichter Robert Hohlbaum und den Werken der verstorbenen Maler August Brömse, Walter Dietz und andern gewidmet, und mit Dank begrüßen wir auch eine Sprachenkarte der Sudetenländer, die allerdings im Gebiete von Troppau und Teschen einer Unterscheidung der Hultschiner „Mährer" und der Slovaken von den Tschechen bedürfte, sowie eine Karte des mutmaßlichen slawischen Siedlungsgebietes in der Karolingerzeit. Von den heimischen Gelehrten und Kulturpolitikern haben sich Weber, Hauffen, Spina, Jesser, Preidel und Stauda mit Artikeln historischen, prähistorischen, volkskundlichen und politischen Inhalts eingestellt. Andere behandeln wirtschaftliche Fragen, wie das Ostrauer Kohlenrevier, die Entstehung der deutschböhmischen Industrie und die Reichenberger Messe. Von auswärtigen Mitarbeitern finden wir u. a. einen Artikel des Reichsministers Külz. — Berichte über Schutz- und soziale Arbeit, über Leistungen auf dem Gebiete der Kunst, Wissenschaft, Literatur, Volksbildung, Technik und Wirtschaft, sowie Berichte über neue sudetendeutsche Literatur ergänzen den Inhalt.

Hugo Hassinger.